



---

Berlin, 29. März 2007

**Rede der  
Bundesministerin der Justiz  
Brigitte Zypries, MdB  
zur Eröffnung der Patentkonferenz  
des Bundesministeriums der Justiz und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie  
*Europa der Innovationen*  
– *Fit für die Zukunft?*  
am 29. / 30. März 2007 in Berlin**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
der Erfolg eines Unternehmens und der Erfolg einer Volkswirtschaft insgesamt hängen beide ganz entscheidend von der Innovationskraft ab. Patente sind Ausdruck dieser Innovationskraft und deshalb freue ich mich sehr, dass wir diese Konferenz zum Patentrecht gemeinsam veranstalten – der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Bundesregierung. Ich danke Ihnen, lieber Herr Thumann, für die freundlichen Worte zur Begrüßung, und ich freue mich sehr, dass wir heute im Haus der Deutschen Wirtschaft sein können.

Im Namen der Bundesregierung begrüße ich alle, die nach Berlin gekommen sind, um heute und morgen über die Zukunft des Patentrechts zu diskutieren. Mein ganz besonderer Gruß gilt Herrn Kommissar McCreevy. Die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Patentstrategie werden ja schon mit Spannung erwartet und ich freue mich sehr, dass Sie, lieber Herr McCreevy, uns Ihre Überlegungen heute persönlich erläutern.

Ich begrüße auch die Kollegen aus dem Europäischen Parlament und dem Deutschen Bundestag. Ich freue mich über die vielen Regierungsvertreter aus den EU-Mitgliedstaaten sowie über die Repräsentanten von Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft. Sie sorgen dafür, dass wir den richtigen Teilnehmer-Mix für spannende Diskussionen haben. Ihnen allen, ein herzliches Willkommen in Berlin.

Meine Damen und Herren,  
„Europa der Innovationen - Fit für die Zukunft?“ Der Titel unserer Konferenz endet mit einem Fragezeichen, aber könnte man das nicht durch ein Ausrufezeichen ersetzen?

Es stimmt doch, wir können stolz sein auf das europäische Patentsystem. Es ist in vielfacher Hinsicht eine Erfolgsgeschichte. Das Europäische Patentamt hat sich in den dreißig Jahren seines Bestehens eindrucksvoll entwickelt. Was klein begann, ist inzwischen zu einer weltweit geschätzten Institution geworden. Sie verfügt über hochqualifiziertes Personal und betreibt eine qualitativ hochwertige Prüfungs- und Erteilungspraxis.

Dabei belegen die ständig wachsenden Anmeldezahlen den ungebrochenen Erfindergeist in den Werkstätten und Laboren Europas. Allein im vergangenen Jahr wurden beim Europäischen Patentamt rund 200 000 Patente angemeldet. Dies zeigt, dass Europa seine Chance als Wissensgesellschaft nutzt. Die Lissabon-Strategie fordert das von uns, und als Wirtschaftsraum ohne nennenswerte Rohstoffe müssen wir das auch.

So erfreulich die wachsende Zahl von Patentanträgen ist, für die Europäische Patentorganisation ist es eine gewaltige Herausforderung, diese Anträge zu bewältigen. Aber wir können zuversichtlich sein, dass dies erfolgreich gelingt. Wo Reformen nötig sind, werden diese angepackt – die Beschlüsse des Verwaltungsrates haben dies gezeigt. Dahinter steht das gemeinsame Ziel, die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Patentamt und den nationalen Ämtern weiter zu stärken. Dabei müssen sich die Patentanmelder darauf verlassen können, dass die hohe Qualität, die das Europäische Patentamt mit seinen spezialisierten und exzellent ausgebildeten Prüfern bietet, gesichert bleibt. Ein wichtiges Ziel der Strategie-debatte ist daher, das Europäische Patentamt als zentrale europäische Patentinstanz zu stärken.

Europa der Innovationen – Fit für die Zukunft. Damit wir hinter diesen Satz mit voller Berechtigung ein Ausrufezeichen setzen können, brauchen wir aber weitere Reformen.

Wir müssen das europäische Patentsystem und die Rahmenbedingungen für die innovative Wirtschaft weiter verbessern. Nur dann wird Europa im globalen Wettbewerb weiter erfolgreich sein. Wo dieser Reformbedarf im Einzelnen besteht, das zeigen die Themen unserer Panels, und ich möchte ein paar Bemerkungen machen zum Inhalt und zu meinen Erwartungen an diese Diskussionen.

In einer globalisierten Wirtschaft müssen Erfindungen geschützt werden, und zwar weltweit. Panel I ist daher der Zusammenarbeit mit den asiatischen Ländern, insbesondere mit China gewidmet. Es ist kein Geheimnis, dass uns die Produktpiraterie noch immer große Sorgen bereitet. Wir wollen deshalb mithelfen, vor allem in den Schwellenländern ein modernes Patentwesen aufzubauen. Deutschland tut dies bereits: Der Schutz des geistigen Eigentums ist in diesem Jahr der Schwerpunkt des deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialogs, und zwischen dem deutschen und dem chinesischen Patentamt wurde bereits im vergangenen Jahr ein neuer Kooperationsvertrag mit zahlreichen Projekten geschlossen. Ich freue mich sehr, dass wir mit Herrn Yin einen hochrangigen Gast aus dem chinesischen Patentamt in unserem Panel haben. Ich bin gespannt darauf, was er über die Anstrengungen seines Landes zum Schutz des geistigen Eigentums berichten wird.

Vor dem Schutz von Rechten stehen aber Erfindungen und gute Ideen. Wie wir das kreative Potential unserer Universitäten und Forschungseinrichtungen besser nutzen und wie wir den Transfer von Erfindungen in die industrielle Praxis weiter verbessern, das soll das Thema im II. Panel sein. Die deutsche Ratspräsidentschaft wird dem Kreis der Forschungsminister hierzu eine Charta zum geistigen Eigentum vorschlagen. Darin werden wir ganz konkret for-

mulieren, wie wir uns eine enge Kooperation zwischen der öffentlichen Forschung und der Wirtschaft vorstellen.

Das III. Panel nimmt die Internationale Harmonisierung des Patentrechts in den Fokus. Wir brauchen weltweit oder jedenfalls in den Industrieländern annähernd gleiche Bedingungen für die Erteilung von Patenten. Europa zeigt an dieser Stelle Flexibilität, aber wir erwarten diese Kompromissbereitschaft auch von anderen, insbesondere von den Vereinigten Staaten. Ich hoffe deshalb sehr, dass wir bei den Verhandlungen mit unseren amerikanischen Freunden noch in diesem Jahr zum Durchbruch kommen.

So wichtig es ist, die internationalen Bedingungen für den Patentschutz zu verbessern – wir müssen auch die innovative Unternehmen vor Ort weiter stärken. Gerade die Kleinen und Mittleren Unternehmen verfügen über ein erhebliches Innovationspotential. Es kann nur dann zu Gunsten der gesamten Volkswirtschaft ausgeschöpft werden, wenn wir diese Firmen finanziell und mit know-how dabei unterstützen, ihre gewerblichen Schutzrechte zu nutzen. Was hier noch zu tun ist – dafür erhoffe ich mir Hinweise aus der Diskussion in Panel IV.

Meine Damen und Herren,

kein anderes Patentthema hat in der Vergangenheit so viel Aufmerksamkeit erregt, wie die Patentierung von Biotechnologien und computerimplementierten Erfindungen. In der Debatte über die Voraussetzungen und die Grenzen solcher Patente gibt es eine Reihe offener Fragen. Fördert der Patentschutz hier Zukunftstechnologien oder behindert er sie eher? Müssen wir unsere Patentierungskriterien anpassen? Das sind spannende Fragen, und für Panel V lässt sich daher eine besonders lebhafte Debatte voraussagen.

Genauso wichtig, wie die Frage, **was** patentiert werden kann, ist aber auch die Frage, **wie** ein Patent geschützt wird.

Es ist ja immer nur soviel wert, wie es sich auch rechtlich behaupten und gegen Verletzungen schützen lässt. Damit dies gelingt, brauchen wir Verfahren zur Streitbeilegung, die effizient, zügig und kostengünstig sein müssen. Wie das gelingen kann, diskutieren wir zwar schon lange, aber es ist wirklich ein Thema, das den Schweiß der Edlen wert ist. Ihm ist das letzte Panel gewidmet.

Meine Damen und Herren,

wir werden in all diesen Runden die einzelnen Facetten der europäischen Patentpolitik diskutieren, aber wir sollten dabei stets unsere strategischen Ziele im Blick behalten. Wenn mir ich

allerdings anschau, wo wir aktuell in der patentpolitischen Debatte stehen, dann wünsche ich mehr Mut und mehr Entschlossenheit, damit wir diese Ziele auch tatsächlich erreichen.

Herr Thumann hat eben die Reformerwartungen der Wirtschaft sehr pointiert zusammengefasst: Patente müssen zügiger, kostengünstiger und auf hohem technischen Niveau erteilt werden. Und erteilte Patente müssen geschützt werden: effektiv, preiswert und ohne das Risiko widersprüchlicher Gerichtsentscheidungen.

Diese Erwartungen teilt die gesamte europäische Industrie und ich bin sicher, dass diese Reformziele auch im Kreis der Mitgliedstaaten völlig unumstritten sind.

Obwohl die Anhörung der Kommission im letzten Frühjahr den großen Konsens über die Ziele bestätigt hat, stehen wir nur kurze Zeit später wieder an einer kritischen Weggabelung. Jeder sollte sich aber sehr deutlich darüber im Klaren sein, wohin die beiden unterschiedlichen Wege führen:

Der eine Weg bedeutet: Wir reformieren unser bestehendes, leidlich funktionierendes System. Wir verbessern die Patenterteilung und das Patentgerichtssystem, und zwar so, dass vor allem seine Nutzer, also die innovativen Unternehmen, davon profitieren. Die deutsche Ratspräsidentschaft ist fest entschlossen, diesen Weg einzuschlagen.

Es gibt aber auch einen anderen Weg, der von einigen in Brüssel und in manchen Hauptstädten erwogen wird. Diese alternative Strategie setzt ganz andere Prioritäten. Ihr geht es vor allem darum, die Interessen der nationalen Patentämter zu wahren, oder die eigene Sprache als Techniksprache zu sichern. Wenn solchen Belangen der Vorrang gegeben wird, dann werden alle Reformbemühungen vergeblich sein. Die seit Jahrzehnten andauernde Leidensgeschichte des Gemeinschaftspatents zeigt dies, und wir sollten so klug sein, einen Fehler nicht zweimal zu machen. Wir sollten aus ihm lernen und es diesmal besser machen.

Lieber Herr McCreevy,

ich habe mich sehr gefreut, dass Sie die klaren Botschaften der Konsultation im vergangenen Jahr ebenso klar aufgegriffen hatten. Sie hatten angekündigt, die Kommission werde einen neuen Anlauf beim Gemeinschaftspatent wagen und ein einheitliches europäisches Patentgerichtssystem ansteuern. Das Streitregelungsabkommen EPLA sollte dafür die Basis sein. Das war eine richtige Entscheidung, und Deutschland hat immer seine Bereitschaft signalisiert, dieses EPLA auch für ein künftiges Gemeinschaftspatent zu öffnen.

Ich will, lieber Herr McCreevy, Ihren Ausführungen nicht vorgreifen. Aber das, was im Vorfeld über die anstehende Kommissionsmitteilung zur Patentstrategie zu hören war, stimmt mich skeptisch.

Ich denke, es hat die Suche nach einer Lösung der Probleme nicht erleichtert, dass die Kommission ihre Mitteilung nicht unmittelbar nach der Konsultation vorgelegt hat, sondern erst jetzt. Aber selbstverständlich haben auch die Mitgliedstaaten und der Rat nicht immer glücklich agiert. Wir haben unter der finnischen Präsidentschaft eine kontroverse Debatte über das Patentsystem begonnen, obwohl damals die Mitteilung der Kommission noch gar nicht vorlag und das Thema von unseren Experten noch nicht aufbereitet war.

Trotzdem: Ich hätte mir gewünscht, die Kommission würde jetzt mehr Mut zeigen. Nehmen wir zum Beispiel die einheitliche europäische Patentgerichtsbarkeit. Dazu gibt es zwei Lösungswege: Einerseits das EPLA und andererseits die Idee, die nationale Gerichtsbarkeit für Bündelpatente unter das Dach des EuGH zu überführen.

Wer hier eine „integrierende“ Lösung vorschlägt, die beide Ansätze verbinden soll, der müsste vorab klären, was nach dem Europarecht überhaupt zulässig ist, und er müsste dann ein konkretes, eigenständiges drittes Modell vorlegen.

Dann müsste man aber auch klar sagen, wie viele Regionalkammern es geben soll und wie die verteilt werden. Dann müsste geklärt sein, welche Verfahrensordnung zu beachten ist, und dann müsste auch ein Vorschlag für die Verfahrenssprachen gemacht werden. Alles das fehlt aber, und dies meine ich mit dem Mangel an Mut zu konkreten Lösungen.

Für mich ist jedenfalls klar, dass eine Zersplitterung der vorhandenen Gerichtsbarkeit nicht erstrebenswert ist. Nach Mitteilung der Kommission werden die rund 1400 Streitigkeiten über europäische Patente pro Jahr im Wesentlichen in vier Staaten verhandelt. Wir sollten ganz sicher kein Modell anstreben, bei dem diese Fälle künftig auf Eingangsinstanzen in allen 27 Mitgliedstaaten verteilt werden.

Entscheidender Faktor für die hohe Qualität einer Patentgerichtsbarkeit ist die technische Qualifikation ihrer Richter. Wir haben damit in Deutschland sehr gute Erfahrungen gemacht. Ingenieure, Chemiker oder Biologen sorgen als technische Richter dafür, dass die Entscheidungen bei den Prozessparteien eine hohe Akzeptanz genießen. Ich meine, wir sollten auch solche Erfahrungen aufgreifen, wenn wir jetzt darüber diskutieren, wie wir eine einheitliche europäische Gerichtsbarkeit schaffen.

Meine Damen und Herren,

wie geht es mit diesem Diskussionsprozess nun in den nächsten Monaten weiter? Die deutsche Ratspräsidentschaft wird sicherstellen, dass die Mitteilung der Kommission in der Arbeitsgruppe gründlich beraten wird. Ein erneutes Scheitern der Reform können wir uns nicht leisten. Formelkompromisse mit kurzem Haltbarkeitsdatum helfen uns deshalb nicht weiter. Das sehen auch viele meiner Kolleginnen und Kollegen in den anderen Mitgliedstaaten so.

Zunächst muss geprüft werden, welche Lösungen nach dem Europäischen Patentübereinkommen und dem Europarecht rechtlich überhaupt realisierbar sind. Dann brauchen wir Sicherheit darüber, welche Elemente für ein Gemeinschaftspatent und für die Patentgerichtsbarkeit tatsächlich von allen Mitgliedstaaten mitgetragen werden.. Erst dann kann sich der Ministerrat wieder mit diesem Thema befassen, denn dort müssen wir einstimmig entscheiden.

Messlatte aller Konsense wird dabei eine Frage sein: Was bringen sie den Betroffenen? Macht die Lösung die Sache teurer, schwerfälliger und bürokratischer? Dann werden wir es sein lassen. Aber wenn wir sagen können: Ja, das System wird einfacher, kostengünstiger und schafft mehr Rechtssicherheit, dann haben wir den Durchbruch geschafft.

Wir haben in Europa ein zwar verbesserungswürdiges, aber funktionierendes System der Patenterteilung, wir haben in mehreren Ländern ein hochwertige Gerichtsbarkeit und wir haben eine enge Zusammenarbeit der Patentbehörden. Hierauf müssen wir aufbauen, und auf dieser Grundlage müssen wir ein einheitliches, europäisches Patentsystem schaffen. Nur wenn uns dies gelingt, wird Europa auf lange Sicht wirtschaftlich wettbewerbsfähig bleiben. Dieses Ziel zu erreichen, sollte uns alle Anstrengungen wert sein. Gemeinsam und mit aller Kraft sollten wir deshalb einen neuen Anlauf wagen, damit wir endlich ans Ziel kommen.